

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,  
Gernu Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circuloffiz Riesa Nr. 32.

A. 63.

Dienstag, 16. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig nach Post durch den Briefträger. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschreib-Beile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restameise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abzug von 10% oder durch Austritt der Anzeigen in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gotthardt 33. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Schweden und Tschechei sollen zu Gunsten Polens ausscheiden. Immer noch keine Entscheidung in Genf.

### Die Sackgasse.

Die letzte Stütze droht umzufallen. Der schwedische Delegierte in Genf, Lindén, hat aus Stockholm neue Instruktionen erhalten, die ihn zu der Erklärung veranlassen, daß Schweden bereit sei, auf seinen nichtständigen Platz zu verzichten, um Raum zu schaffen für eine andere Macht. Diese Macht wäre Polen. Die Begründung, die Schweden für seine Abgabe gibt, stützt sich auf Argumente juristischer Art. Es sagt, daß es schon vier Jahre dem Räte angehört, obwohl der regelmäßige Turnus drei Jahre betrage. Und dann, da bei einem freiwilligen Ausscheiden Schwedens und einer Neuwahl Polens die Anzahl der Ratsmitglieder vermehrt wäre, so sei der grundsätzliche schwedische Standpunkt aufrecht erhalten.

Man wird mit recht bitteren Gefühlen diese Begründung durchlesen müssen. Sie ist eine Vorfluchberlei, die dem Buchstaben recht geben will, aber dem Inhalt selbst ins Gesicht schlägt. Die Vorgesetzte? Der Druck Frankreichs und Englands auf den schwedischen Delegierten Lindén liegt in den letzten Tagen keine Minute nach. Alle Mittel, die zur Erreichung des gewünschten Zieles dienlich sein konnten, wurden herangezogen, um die Wirkung der Pression zu verstärken. Lindén ist Sozialdemokrat, Wanderarbeiter, Paul-Boncour und der Vorsitzende des Genfer Arbeitsbundes, Thomas, haben nicht gespart, gefühlsmäßig auf ihren Genossen einzuwirken. Der Erfolg blieb nicht aus.

Unsere Vorliebe für das schwedische Volk in allen Ehren! Aber sie kann uns nicht davon abhalten, zu sagen, daß, wenn diese Absicht Lindéns sich verwirklicht, die schwedische Regierung رهlos kapituliert hat. Daß sie ihren feilen, christlichen Willen, den sie in den letzten Tagen mit so erfreulicher Energie zeigte, gebeugt hat unter das Joch einer aufsehenerregenden Welt beherrschenden Entente-machtspolitik. Schweden wollte das Recht der kleinen Nationen im Völkerbund schützen, es wollte dem Gedanken Wahrheit geben, daß dieser Genfer Bund seinen papierenen Gesetzen nach ein Weltbund aller Nationen sein sollte; keine Garantieversicherung einiger Großmächte, die den glücklichen Ausgang des Weltkrieges auf ihrer Seite buchten konnten. Der Schwab hat versagt. Im Gegenteil, der Unfall Schwedens ist der schwerste Schlag, den das Selbstbestimmungsrecht der mittleren und kleinen Nationen je erlitten hat. Jetzt ist der Völkerbund kein Weltbund der Nationen mehr, jetzt ist er nur das, als was ihn die Verbands, Kuffoloni und Chamberlain schon immer angesehen haben.

Und Deutschland? Die deutsche Delegation in Genf vertritt anscheinend den Standpunkt, daß es ihr nicht gegeben sei, Schweden zu hindern, auf seinen nichtständigen Platz zu verzichten und daß es auch kein Vetorecht besitze, um den Eintritt Polens auf Grund einer Wahl durch die Völkerbundsammlung unendlich zu verzögern. Man hofft zwar, daß Schweden vielleicht doch nicht beabsichtigt, schon jetzt auszuscheiden. Man hofft, daß dieser Austritt erst für einen späteren Zeitpunkt angemeldet wird. Aber diese Hoffnungen stützen sich auf nichts Konkretes. Sie sind nur Hoffnungen, mit denen man nichts anfangen kann. Das eine gibt wenigstens die deutsche Delegation zu erkennen: die Basis der ganzen Verhandlungen ist immerhin nicht mehr so günstig, wie sie gewesen ist.

Die Basis! Ja, wo ist diese Grundlage, auf der die deutsche Delegation ihre These verfechten wollte? Aufgegeben, zerfliegen in nichts, in dem Augenblick, als die Delegation zu erkennen gab, daß bindende Zusicherungen für eine Ratserweiterung doch vielleicht jetzt schon gegeben werden könnten. Es ist schwer, den starren, wenn er sich einmal auf der höchsten Ebene befindet, zum Stichen zu bringen. Es ist schwer, in einer Sackgasse den Ausweg zu finden. Man kann sich doch nicht gut den Schädel an der Wand einrennen. Was wäre die vorgeschlagene „Lösung“ in Wirklichkeit? Die Ratsmitglieder werden nicht vermehrt. Aber Polen wird Mitglied des Völkerbundes. So viel rosarote Hoffnungslosigkeit und Optimismus gibt es in Deutschland nicht, die eine solche Erledigung des ganzen Fragenkomplexes als eine gute Sache bezeichnen könnten. Denn was wir in Wirklichkeit verhindern wollten, was der Kernpunkt der Betrugsbahnsichten gegen Deutschland war, das ist bittere Wahrheit geworden. Das bankrotte Polen, das niemals eine Großmacht sein kann, sitzt uns zur Seite, um in freundschaftlicher Ratskollegialität darüber zu wachen, daß nicht an seiner Grenze gerührt wird.

So die Sachlage, wie sie sich bis jetzt verschoben hat. Darüber darf kein Zweifel sein: wenn dieses Plänchen, wie es in Genf jetzt zur Vegetation herumgereicht wird, wirklich durchgeführt wird, dann besteht für Deutschland keine Möglichkeit mehr, jetzt in den Völkerbund einzutreten. Diese Regelung wäre nicht nur ein Sieg der französischen These auf der ganzen Linie, sie würde der deutschen öffentlichen Meinung nicht nur direkt ins Gesicht schlagen, sie würde auch die Voraussetzungen illusorisch machen, unter denen wir uns bereit erklärt hatten, den Weg nach Genf anzutreten. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollte der Welt klären, daß ein neuer Geist des Friedens, der Verzicht und der Völkerverständnis in die Politik eingeblasen ist. Er sollte besagen, daß der Begriff Sieger und Besiegte endgültig gestrichen ist. Das war ein Geist,

dem wir uns freudig unterordneten, wenn wir an seine Existenz hätten glauben können. Aber hat er in Wirklichkeit jemals existiert? War er nicht nur ein Vorwand, ein schwebendes Plänchen, eine Krappe, die die wahren Ziele unserer Gegner etwas verhallen sollte? Die Krappe hat sich recht rasch geöffnet. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß sehr wohl, was sich in Genf in Wirklichkeit ereignet. Wir sind in eine Sackgasse hineingeraten. Die Geschichtsbücher sind verstopft. Links und rechts erheben sich Wände. Aber es gibt einen Ausweg. Der ist noch frei. Man müßte die letzte Minute und rette sich aus der Mausefalle, in die man beinahe hineingelaufen wäre.

### Der Kampf um die Ratsliste.

X Genf, 15. März. Die nichtständigen Ratsbesprechungen gingen um 8 Uhr 20 Min. zu Ende. Formelle Erklärungen wurden der Presse nicht auszugeben, dagegen teilten verschiedene Ratsmitglieder auf Anfrage mit, daß es zu einem Ergebnis nicht gekommen sei, daß man sich noch „in Szenot“ befinde und daß die Besprechungen heute vormittag fortgesetzt werden sollen.

Der Schweizerischen Depeschen-Agentur zufolge sagte Briand, daß die Angelegenheit noch nicht geregelt sei, und Beneš habe durchblicken lassen, daß die Sache schlecht stünde.

X Genf. Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: In den letzten Nachmittagsstunden erfuhr man, daß die schwedische Delegation von ihrer Regierung im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Auswärtiges die notwendigen Instruktionen für den Austritt Lindéns aus dem Räte erhalten hat. Auch der Vertreter der Tschechoslowakei Dr. Beneš soll aktiviert sein, sein Mandat im Rat zur Verfügung zu stellen (obwohl die Völkerbundsversammlung eine doppelte Neuwahl vorzunehmen hätte). Der Brasilianer Mello Franco erhebt neuerdings die Forderung auf sofortige Auteilung eines nichtständigen Sitzes an Brasilien, doch ist man allgemein der Ansicht, daß diese Opposition eventuell leicht beiläufig werden kann.

X Paris. Der Genfer Berichterstatter der Sozial-Agentur berichtete, der französische Ministerpräsident Briand habe gestern abend mit augenscheinlicher Befriedigung angekündigt, daß die französisch-deutsche Seite der Genfer Ratsliste als so gut wie geregelt betrachtet werden könne. Wegen der Verteilung der durch die Verdächte Lindéns und Beneš's freierwerdenden Sitze seien die Meinungen noch geteilt. Jedenfalls sei die Atmosphäre von Genf seit heute viel klarer geworden, nur sei der gestrige Angriff im Verlaufe des heutigen Tages eine Krise der inneren Organisation des Völkerbundes herauf gelockt, da im Verlaufe des heutigen Tages der brasilianische Vertreter die Kandidatur seines Landes aus neue aufgestellt habe. Bis heute abend seien die Bemühungen des Rates, den brasilianischen Vertreter anzunehmen, nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Alle Hoffnung dürfte jedoch nicht aufgegeben werden. Eine Anzahl südamerikanischer Delegationen hätte beabsichtigt, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Demarche Mello Francos nicht den Bemühungen des Völkerbundes zuwiderlaufe.

X Wien. Der Genfer Berichterstatter der Österreichischen Zeitung meldet um 1.30 Uhr nachts, für die geplante Lösung, daß Polen und Holland die Ratsliste von Schweden und der Tschechoslowakei übernehmen sollen, besteht die letzte Schwierigkeit, abgesehen von Brasilien, in dem Wunsch der kleinen Entente, sich für den September eine Vertretung im Völkerbundsrat durch Schaffung eines nichtständigen Ratsmitgliedes für Rumänien zu sichern. Würde diese Forderung angenommen, so wäre damit der ganze Sinn des ohnehin schon kaum tragbaren Kompromisses umgeworfen. Deutschland würde sich durch Annahme dieser neuen Forderung jetzt bereits trotz aller seiner Zugeständnisse ausdrücklich dazu verpflichten müssen, der von ihm bekämpften Erweiterung des Rates zuzustimmen.

### Die neue Situation.

X Genf. (FunkSpruch.) Der Sonderberichterstatter des B.Z. meldet: Angesichts der verschiedenen Projekte, die für eine Lösung der Ratskrise im Verlaufe der letzten Woche aufgetaucht sind, ist vor verstärktem Optimismus gewarnt worden. Die berechnete Lösung, die jetzt ausfallend die gestrige Entscheidung. Der bekannte Gedanke, der unter Umständen einen Ausweg aus der Sackgasse hätte eröffnen können, sah einen freiwilligen Verzicht zweier Nationen auf ihre nichtständigen Ratsitze vor, der dann Neuwahlen für diese beiden Sitze gestattet hätte. Dadurch wäre die Entscheidung darüber, ob Polen jetzt in den Rat hineinkommt oder nicht, auf die Abstimmung durch die Völkerbundsammlung des Völkerbundes abgestellt gewesen, entsprechend der deutschen These, wonach durch den Völkerbund und nicht im Wege von Abmachungen verschiedener Großmächte untereinander zu ent-

scheiden sei. Das wesentliche an dem Plan war aber dies, daß Schweden wiedergewählt würde oder ein Land gleicher politischer Selbständigkeit und Zielrichtung wie z. B. Holland an seiner Stelle in den Rat käme.

Die Regelung der ganzen Angelegenheit war eine Sache derjenigen, die sich durch ein Versprechen an Polen die Hände gebunden hatten und wurde dementsprechend nach langen schwierigen Erörterungen innerhalb der Ratsmächte auf dem erwähnten Wege gefunden. Dabei ist nun aber offenbar wegen dem einen Versprechen an Polen, dessen Einlösung die Ratsmächte der ganzen Welt in diese Schwierigkeiten hineinzog, plötzlich ein neues Versprechen aufgetaucht. Dieses der kleinen Entente gegebene Versprechen bezieht sich auf die Gewährung eines nichtständigen Sitzes im Rat an Rumänien für die ausbleibende Tschechoslowakei. Es wird nun anscheinend Deutschland angeordnet, sich mit den übrigen Großmächten an einer bindenden Fassung in Bezug auf die Wahl Rumäniens für die nächste Session zu beteiligen.

Wie der Sonderberichterstatter des B.Z. erfährt, kann von einer solchen deutschen Erklärung, sollte sie in der Tat der deutschen Delegation angenommen werden, keine Rede sein. Das oberste Grundprinzip, das die deutsche Delegation seit ihrem Eintreten in Genf vertritt, geht dahin, daß Deutschland sich bis vor seinem Eintritt in den Völkerbund und in den Rat zugunsten seiner Rats- oder Völkerguppe in seiner künftigen Handlungsfreiheit beschränken lassen kann. Wenn bisher rein theoretisch deutscherseits auf den Gedanken eines doppelten Vetorechts innerhalb des Rates in Ansehung an die schwedische Forderung eingegangen worden ist, so handelte es sich dabei ja um keine Erweiterung des Rates und es war zudem die Beteiligung des gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisses nach erfolgter Neuwahl Voraussetzung. Auch das bedeutet schon für die deutsche öffentliche Meinung eine außerordentliche Belastung und wird, wie die heutige deutsche Morgenpresse zeigt, als Ergebnis eines politischen Wanders der Gegenseite und somit als Inkonsequenz Deutschlands gegenüber betrachtet. Voraussetzung dabei war aber, daß mit einer solchen Lösung das französische Versprechen an Polen, von dem alles Unheil ausging, abgewandt sei. Zu einem gegebenen und voraussetzungslos auch eingelöstem Versprechen an Polen kommt aber nun heute ein neues Versprechen für die kleine Entente, in Bezug auf das der deutschen Regierung zugemutet wird, sich bindend zu verpflichten, bei der nächsten Wahl sich für Rumänien einzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist ein solches Annehmen geradezu grotesk. Jedenfalls heißt es, daß die deutsche Reaktion ebensowenig für Rumänien wie für Polen sich vor Eintritt in den Völkerbund in irgend einer Weise binden kann; das ist von Anfang an sämtlichen in Genf versammelten Mächten bekannt gewesen und der Grund für dieses Verhalten wird zweifellos von einer großen Mehrheit geteilt.

### Morgen Mittwoch Vollziehung.

Genf. (FunkSpruch.) Das vom Völkerbundssekretariat herausgegebene Journal gibt bekannt, daß für Mittwoch, vormittag 10 Uhr eine Vollziehung der Völkerbundsversammlung zur Entgegennahme des Berichtes der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angeordnet ist. Eine zweite Vollziehung wird nach demselben Organ wahrscheinlich im Laufe des gleichen Tages abgehalten. Ihre Tagesordnung und ihren Zeitpunkt wird der Präsident der Versammlung am Ende der ersten Sitzung angeben.

### Entscheidende Aussprache?

Besprechung der deutschen Delegierten mit Briand und Chamberlain.

X Genf. (FunkSpruch.) In Verfolg der Besprechungen, die heute vormittag mit den verschiedenen Rednern der deutschen Delegation stattgefunden haben, wird heute nachmittag 2 1/2 Uhr eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler dem Reichsaussenminister und Briand und Chamberlain stattfinden.

Wie der Sonderberichterstatter des B.Z. erfährt, handelt es sich dabei um eine wichtige, vielleicht entscheidende Aussprache.

X Genf. (FunkSpruch.) Im Laufe des heutigen Vormittags traten der deutschen Delegation verschiedene fremde Delegierte Besuche ab und zwar der österreichische Bundeskanzler, Dr. Klamel, der belgische Ministerpräsident Vanderweide, der tschechoslowakische Außenminister Beneš, der spanische Außenminister Mangano und der bulgarische Außenminister Buroff.

### Churchill gegen die Flammkammer.

London. (FunkSpruch.) Schatzkanzler Churchill erklärte in einer Rede, er schließe sich nicht den Flammkammer an, die der Ansicht seien, daß, weil in Genf Erörterungen nicht gerade der besten Art stattfänden, das ganze in Locarno erzielte Wert gefährdet sei.

### Hoffnungsvolle Stimmung in britischen Regierungskreisen.

London. (FunkSpruch.) Dem politischen Berichterstatter der Westminster Gazette zufolge seien gestern abend in britischen Regierungskreisen hoffnungsvollere Nachrichten aus Genf eingegangen.